



www.laender-analysen.de/ukraine

KOMMUNALWAHLEN

■ ANALYSE		
Kommunalwahlen in der Ukraine: Machtausbau für Janukowytsch		2
Von Nico Lange, Kiew		
■ ANALYSE		
Die ersten Kommunalwahlen unter Wiktor Janukowytsch:		
Strategien der Manipulation		5
Von Anatolij Tschemerys, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Pressestimmen zu den Kommunalwahlen in der Ukraine		9
Pressemitteilungen		13
Umfrage zu Wahlinformationen		14
Vorläufige Wahlergebnisse		15
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 27. Oktober bis zum 9. November 2010		16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Kommunalwahlen in der Ukraine: Machtausbau für Janukowytsch

Von Nico Lange, Kiew

Zusammenfassung

Mit den Kommunalwahlen am 31. Oktober konnte der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch seine Macht in weiten Teilen des Landes deutlich ausbauen. Internationale Beobachter beurteilten den Wahlprozess jedoch als nicht den demokratischen Standards entsprechend. Vor allem die kurzfristige Anpassung des Wahlgesetzes und die Nutzung administrativer Ressourcen im Vorfeld beeinflussten das Wahlergebnis entscheidend. Die Partei der Regionen wird sehr wahrscheinlich nach dem Vorbild dieser Kommunalwahlen nun die Parlamentswahlen 2012 vorbereiten. Die negativen Entwicklungen in der Ukraine in Bezug auf demokratische Mindeststandards stellen eine große Herausforderung für die Europäische Union dar.

Janukowytsch baut seine Macht aus

Am 31. Oktober 2010 hatten etwa 35 Millionen Wahlberechtigte in der Ukraine die Möglichkeit, in Kommunalwahlen über die Zusammensetzung von Stadt-, Kreis- und Gebietsparlamenten sowie über die Besetzung von Bürgermeisterposten abzustimmen. Nach dem noch kurz zuvor geänderten Wahlverfahren wurden die Abgeordneten zur Hälfte im Verhältniswahlrecht auf Parteilisten und zur anderen Hälfte in Einerwahlkreisen mit einfacher Mehrheit gewählt. Über Kandidaten für Bürgermeisterämter wurde ebenfalls direkt abgestimmt. Aufgrund des komplizierten gemischten Wahlsystems und der wegen der extrem hohen Anzahl von Kandidaten sehr komplizierten Stimmzettel wird die Feststellung der Endergebnisse noch einige Tage dauern. Vorläufige Resultate und Wahltagsbefragungen lassen aber auf einen erheblichen Ausbau der Position der Partei der Regionen des amtierenden Präsidenten Wiktor Janukowytsch schließen. Demnach erhielten die Partei der Regionen im Anteil des Verhältniswahlrechts landesweit etwa 36 % der Stimmen, die Partei Batkiwschtschyna (Vaterland) von Julija Tymoschenko etwa 13 %, Front Smin 8Front der Veränderung) von Arsenij Jazenjuk 7 %, Kommunisten 6 %, die rechtsradikale Partei Swoboda (Freiheit) 5 %, Silna Ukraina (Starke Ukraine) von Vizepremier Tihipko 4%, Nascha Ukraina (Unsere Ukraine) 2 % sowie Sozialisten, Einheitliches Zentrum und UDAR von Witalij Klitschko jeweils etwa 1,5 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag nur bei etwa 50 % und war damit die geringste seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991.

Es ist davon auszugehen, dass die Kandidaten der Partei der Regionen sich auch in vielen Direktwahlkreisen durchgesetzt haben und Präsident Janukowytsch damit nun wie erwartet in weiten Teilen des Landes die sogenannte »Vertikale der Macht« vom Präsidialsekretariat über die von ihm ernannten Gouverneure bis hin zu mehrheitlich kontrollierten Gebiets- und Kommunalparlamenten und eigenen Bürgermeistern durchsetzen kann. Auch in den Großstädten Charkiw und Odessa

scheint die Partei der Regionen ihre Kandidaten letztlich durchbringen zu können, auch wenn gerade dort die heftigsten Konflikte um Unregelmäßigkeiten bei den Auszählungen und mutmaßliche Wahlfälschungen entbrannten. Zu den Überraschungen dieser Wahlen gehören das schlechte Abschneiden der Partei des ambitionierten Vizepremierministers Serhij Tihipko und das enorme Erstarren der rechtsradikalen Swoboda, die im Westen der Ukraine in einigen Kommunen und Gebieten sogar Mehrheiten stellen wird. Die Zentrale Wahlkommission erwartet ein genaues Endergebnis erst etwa am 10. November.

Die Wahlen entsprechen nicht demokratischen Standards

Die Kommunalwahlen waren der erste harte Test für die demokratischen Bekenntnisse Janukowytschs nach seiner Wahl zum Präsidenten im Februar 2010. Internationale Beobachter, ukrainische Experten sowie die Oppositionsparteien übten scharfe Kritik am Wahlprozess und stellten zahlreiche Verschlechterungen seit den Präsidentschaftswahlen fest. Die ukrainische Seite hatte die internationalen Organisationen nur sehr spät eingeladen, so dass eine Mission der OSCE und andere größere Beobachtergruppen nicht mehr zustande kamen. Viele der am Wahltag vertretenen Kurzzeitmissionen konnten dann kaum verlässliche Aussagen treffen, da sie nur über wenige Beobachter, mangelnde Hintergrundinformationen und wenig Sensibilität für die zahlreichen Details verfügten. Die einzige systematische und groß angelegte Beobachtermission des zivilgesellschaftlichen Netzwerks OPORA bescheinigte den Wahlen eine Atmosphäre des Misstrauens und zahlreiche Verletzungen der Standards von Freiheit und Fairness. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die offenkundige Parteilichkeit der territorialen Wahlkommissionen und das massenweise und unkontrollierte Drucken zusätzlicher Stimmzettel in vielen Regionen. Während zwar die Wählerverzeichnisse bei diesen Wahlen deutlich besser vorbereitet waren als zuvor, litt der Wahlablauf außer-

dem durch schlecht ausgebildete Mitglieder von Wahlkommissionen und mangelnde Kenntnisse der Gesetzgebung. OPORA und andere Beobachter registrierten am Wahltag eine sehr lange Liste von Unregelmäßigkeiten. So nahmen beispielsweise Leiter von Wahlkommissionen ausgefüllte Stimmzettel mit nach Hause, in Charkiw brannte ein Computer mit Wahlergebnissen ab, blanko unterschriebene und bereits gestempelte Protokolle wurden gefunden, ganze Pakete mit Stimmzetteln aus Fenstern gereicht. »Wahlbeobachter« halfen bei der Stimmabgabe in den Kabinen, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen stimmten geschlossen für bestimmte Kandidaten, Stimmzettel wurden fotografiert, Wähler offen für die Stimmabgabe bezahlt und Beobachter willkürlich nicht in Wahllokale hineingelassen. Aufgrund von Verwirrung und juristischen Streitigkeiten im Vorfeld fanden sich in einigen Fällen die falschen Stimmzettel in den falschen Wahllokalen und fehlten registrierte Kandidaten in der Liste während nicht mehr registrierte noch immer zur Abstimmung standen.

Auch wenn diese Verletzungen des Wahlgesetzes und organisatorischen Schwierigkeiten keine systematischen und von oben angeordneten Fälschungsversuche waren, trugen Sie doch zu einem Wahlverlauf unterhalb demokratischer Mindeststandards bei. Zahlreiche ukrainische Experten sehen außerdem im noch immer laufenden Prozess der Auszählung das entscheidende Einfalltor für Manipulationen. Gerade Wahlkreisen mit knappen Ergebnissen oder in den umkämpften Großstädten Charkiw und Odessa können wenige Stimmen über Sieg und Niederlage entscheiden. Aufgrund der Mehrheit der Partei der Regionen bei den Mitgliedern der Wahlkommissionen und der geringen Anzahl von Beobachtern gibt es für diese Prozesse kaum Kontrollmöglichkeiten. Sowohl in Charkiw als auch in Odessa protestieren die unterlegenen Bürgermeisterkandidaten bereits gegen Wahlfälschungen.

Administrative Ressourcen beeinflussten den Wahlausgang

Das ukrainische Präsidialsekretariat gab in einer ersten Reaktion Mängel zu und verwies vor allem auf Unzulänglichkeiten im Wahlgesetz. Tatsächlich waren dieses Gesetz und seine kurzfristigen Änderungen auch Gegenstände der Kritik. Der entscheidende Punkt zur negativen Beurteilung der Kommunalwahlen war aber der massive Einsatz administrativer Ressourcen im Vorfeld des Wahlgangs. Zunächst setzte die regierende Mehrheit den regulären Wahltermin einfach aus und später willkürlich auf den 31. Oktober fest. Kandidaten von Oppositionsparteien für die Wahlkommissionen wurden häufig nicht zugelassen oder mit juristischen Win-

kelzügen wieder aus diesen entfernt. Im Ergebnis hielt die Partei der Regionen eine Mehrheit in fast allen lokalen und territorialen Wahlkommissionen. Überparteilichkeit und wechselseitige Kontrolle der Wahlorganisation waren nicht sichergestellt. Viele Staatsbedienstete wie Beamte, Lehrer, Ärzte und Professoren sahen sich massivem Druck ausgesetzt, damit sie nicht für Oppositionsparteien als Kandidaten antraten. Einigen Berichten zufolge reichte das Spektrum dabei von der Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes bis hin zu juristischem Vorgehen gegen Familienmitglieder. Außerdem waren einige obskure Masseneintritte von Beamten in Verwaltungen, ganzen Abteilungen und Behörden in die Partei der Regionen zu beobachten.

In den Gebieten Kiew, Lwiw, Luhansk und weiteren Kreisen registrierten die Wahlkommissionen schließlich statt der Partei Batkiwschtschyna von Julija Tymoschenko »gefälschte« Organisationen unter gleichem Namen. Tymoschenkos Partei konnte in ihren Hochburgen Kiew und Lwiw, in denen sie zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen zwischen 60 % und 70 % der Stimmen erhalten hatte, nicht einmal zur Wahl antreten. Eine Illustration der Nutzung administrativer Ressourcen ist auch der Umstand, dass die Partei der Regionen in tausenden von Wahlkreisen als Nummer 1 auf dem Stimmzettel registriert wurde, obwohl das Gesetz eine Registrierung der Parteien in chronologischer Reihenfolge ihrer Anmeldung zur Wahl vorschreibt.

Kommunalwahlen waren auch ein erster Test für die Parlamentswahlen 2012

Vor dem Hintergrund des geschilderten Einsatzes der Administration stellt sich die Frage, warum den Kommunalwahlen in einem Land mit sehr geringen Befugnissen für die lokale Selbstverwaltung überhaupt so eine hohe Priorität eingeräumt wurde. Man kann mit Blick auf die bereits vorher enormen Machtfülle des ukrainischen Präsidenten auch die Frage stellen, ob Janukowytsch es nötig hat, sein internationales Ansehen und das Verhältnis zur EU und den westlichen Partnern wegen der Beeinflussung dieser Kommunalwahlen zu gefährden. Vermutlich wäre das Ergebnis der Wahlen, sieht man einmal von den Gebieten ab, in denen die Partei Tymoschenkos nicht zugelassen worden war auch ohne die Manipulationen im Wesentlichen nicht anders ausgefallen.

Für Janukowytsch und seine Partei ging es bei den Kommunalwahlen augenscheinlich um die weitere direkte Bekämpfung von Tymoschenko und die Zerstörung ihrer Parteistrukturen sowie um den Test eines tragfähigen Modells für die Parlamentswahlen 2012. Mit der Konstruktion aus Verhältniswahlrecht und Mehrheitswahlrecht, die nun sehr wahrscheinlich

auch für das nationale Parlament eingeführt werden wird, und hohem administrativem Druck versucht die Partei der Regionen, die sich seit Jahren auf einem Plateau von etwa 30–35 % bewegt, stabile eigene Mehrheiten zu erzeugen, ohne politische Kompromisse eingehen zu müssen. Sie profitiert dabei ganz maßgeblich von der Zerstrittenheit und den anhaltenden Kleinkriegen im nationaldemokratischen Lager. Fast überall traten zehn und mehr Kandidaten zur Wahl an und es gab außerdem die Möglichkeit, gegen alle Kandidaten zu stimmen. In sehr vielen Wahlkreisen stimmten die meisten der Wähler dann im Mehrheitswahlanteil tatsächlich »gegen alle«, der Rest der Stimmen teilte sich unter den vielen Kandidaten auf. Bereits mit 10 % oder sogar nur 7 % der Stimmen hatten Kandidaten gute Chancen, den Wahlkreis oder sogar das Bürgermeisteramt zu gewinnen. Vor dem Hintergrund der geringen Wahlbeteiligung von nur 50 % stellen sich damit auch ernste Fragen an die Legitimität und die spätere Akzeptanz eines so gewählten Kandidaten während seiner Amtszeit.

Die Opposition aus dem Lager der ehemals »oran-gen« Kräfte erhielt insgesamt die deutliche Quittung für ihr zerstrittenes und unkoordiniertes Verhalten. Die gegeneinander antretenden Kandidaten ermöglichten in den Mehrheitswahlkreisen Siege für die Partei der Regionen oder auch die rechtsradikale Swoboda. Mit ein wenig Kooperation hätte die Opposition die meisten dieser Wahlkreise leicht gewinnen können. Ob Parteien wie Batkiwtschyna, Front Smin, Nascha Ukraina, Narodnyj Ruch, Einheitliches Zentrum, CDU der Ukraine, Europäische Partei und andere dies endlich als Anreiz verstehen, sich zu koordinieren und künftig stärker geschlossen aufzutreten, bleibt fraglich. Die Kommunalwahlen haben jedoch klar vor Augen geführt, dass eine Marginalisierung der Opposition insgesamt bei den nächsten Parlamentswahlen bevorsteht, sollten sie keine gemeinsamen Ansätze finden.

Über den Autor:

Nico Lange leitet seit 2006 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine.

Der Text erschien zuerst bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, <http://www.kas.de/ukraine/de/publications/21038/>

Die EU steht vor einer Herausforderung

Für die Europäische Union werden die autoritären Tendenzen der innenpolitischen Entwicklung der Ukraine immer mehr zu einer ernsthaften Herausforderung. Im Rahmen der Verhandlungen um Assoziierungsabkommen und visumsfreien Verkehr hatte der EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik Füle noch unmittelbar vor den Wahlen erklärt, dass die EU in Bezug auf die demokratischen Standards nicht zu Kompromissen bereit sei. Während einige EVP-Politiker wie Elmar Brok, Wilfried Martens und Michael Gahler die innenpolitischen Entwicklungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen deutlich kritisierten, äußerte sich die EU-Außenbeauftragte Ashton erst nach einem klaren Statement der US-Regierung zu den Verletzungen der Standards bei den Wahlen ebenfalls besorgt [siehe S. 13]. Die EU als wesentlicher Akteur in der Ukraine mit Verantwortung für die Entwicklungen in der gesamten Region der Östlichen Partnerschaft hinterließ bisher einen sehr zögerlichen Eindruck.

Eine klare Stellungnahme der EU zur ukrainischen Demokratieentwicklung während des EU-Ukraine-Gipfels am 22. November und auch eine Resolution des Europäischen Parlaments wären wichtige Signale an die handelnden Politiker, die ukrainische Zivilgesellschaft und die mehrheitlich pro-europäische Bevölkerung. Natürlich will die EU die Kooperationsbereitschaft aufrechterhalten, eigene Einflussmöglichkeiten wahren und Prozess der Annäherung der Ukraine weiter fortführen. Wenn die europäischen Partner der Ukraine in Bezug auf demokratische Grundwerte jedoch nicht mit klarer Stimme sprechen, verlieren sie an Respekt bei den handelnden Eliten und setzen ihre Glaubwürdigkeit bei den reformorientierten und demokratischen Kräften in der Ukraine aufs Spiel.

Die ersten Kommunalwahlen unter Wiktor Janukowytsch: Strategien der Manipulation

Von Anatolij Tschemerys, Kiew

Zusammenfassung

Am 31. Oktober 2010 fanden in der Ukraine Kommunalwahlen statt. Präsident Wiktor Janukowytsch hatte zwar faire und freie Wahlen versprochen, doch schon während der Vorbereitungen zur Wahl wurden zahlreiche Manipulationsvorwürfe laut. Beklagt wurde der Kauf von Wählerstimmen, der Handel mit Listenplätzen sowie die ungerechte Besetzung der Wahlkommissionen.

Ausgangslage

Die Ukraine ist kurz vor der Wahl der kommunalen Parlamente und Bürgermeister eine präsident-parlamentarische Republik, deren neugewählter Präsident Wiktor Janukowytsch, der Vorsitzende der Partei der Regionen, systembezogene demokratische Reformen, Stabilität, Ordnung, Wirtschaftsaufschwung, einen blockfreien Status und die europäische Integration deklariert.

Der Präsident und seine Partei der Regionen begannen nach dem Machtantritt schnell und selbstsicher ihre Vertreter in den wichtigsten Staatsämtern der Legislative, Exekutive und Judikative zu installieren. Dies brachte die Gewaltenteilung aus dem Gleichgewicht und schuf die Voraussetzung für die Manipulation der Gesetzgebung im Interesse der regierenden Partei und ihres Vorsitzenden. Nur die Organe der kommunalen Selbstverwaltung fielen nicht unter die Kontrolle der Partei der Regionen, da sowohl in den Parlamenten als auch auf den Bürgermeisterposten verschiedene Parteien dominieren, was die regierende Elite beunruhigt.

Die Erwartung der Bevölkerung, dass die starke, in einer Hand konzentrierte Macht die Wirtschaft stabilisieren und politische Reformen im Land konsequent umsetzen wird, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt.

Korruption und mangelndes Vertrauen

Die Korruption in den staatlichen Behörden und in den Kommunalverwaltungen ist zur Norm bürokratischen Verhaltens geworden. Die Ukraine hat eines der höchsten Korruptionsniveaus unter den europäischen Ländern. Die verschiedenen Formen der Korruption sind fast in allen Organen der Legislative, Exekutive und Judikative sowie in den Kommunalverwaltungen zu finden.

Im Corruption Perception Index von Transparency International gehört die Ukraine zu den korruptesten Ländern der Welt. Auf der 10-Punkte-Skala mit dem Wert 10 für niedrige und 0 für hohe Korruption kommt die Ukraine im Jahr 2010 nur auf einen Wert von 2,4. Korrupte Praktiken nehmen dementsprechend auch Einfluss auf die Kommunalwahlen.

Mit dem wachsenden Misstrauen der Öffentlichkeit in die Regierung nimmt die Kluft zwischen Politikern und Gesellschaft zu. Seit Mai 2010 bis zum Vorabend der Kommunalwahlen im September 2010 fiel das Vertrauen in die regierenden Politiker und die Opposition konnte an Vertrauen gewinnen (Umfrage des Ukrainischen Demokratierings im Auftrag des Instituts für Politik). Das Vertrauen in Präsident Wiktor Janukowytsch sank um 13,5 %, das Vertrauen in Ministerpräsident Mykola Asarow um 11,1 %, das in den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Serhij Tihipko um 8,2 % und in Parlamentspräsident Woldemyr Lytwyn um 6 %.

Das Misstrauen gegenüber führenden Politikern hat sich gleichzeitig auf alle politischen Institutionen ausgeweitet. Eine Umfrage vom 27. September 2010 zeigt, dass 60 % der Befragten in der Zentral- und Westukraine sich sicher waren, dass die Wahlergebnisse gefälscht werden würden.

Kampf der Regierung gegen die Opposition

Während Janukowytsch verspricht die ersten Wahlen seiner Amtszeit im Einklang mit den internationalen Standards abzuhalten, nutzen die Gouverneure in den Regionen intensiv die staatlichen Ressourcen, um ihre Kandidaten zu unterstützen. Die neue politische Macht, sagte der Parteivorsitzende von Geeinte Mitte Viktor Baloha, setzt ihren Einfluss, ihre administrativen Ressourcen sowie die Haushaltsmittel im eigenen Interesse ein.

Die angespannte Situation vor den Kommunalwahlen wird zusätzlich durch das oppositionsfeindliche Verhalten der derzeitigen Regierung verschärft – durch die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Regierungsbeamter und durch den ständigen Druck des Geheimdienstes auf die Opposition. Dadurch spitzt sich die ideologische Konfrontation im Land zu und greift auf die Kommunalwahlen über.

Darüber hinaus erfolgt in der Ukraine derzeit eine Großoffensive der staatlichen Machtorgane gegen die Medien. Die Fernsehsender TVi und 5. Kanal, die mög-

lichst objektiv über die sozio-politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im In- und Ausland berichtet haben, verloren die Möglichkeit, ihre Tätigkeit im üblichen Umfang weiterzuführen.

Das Wahlsystem

Das seit 2006 bestehende Verhältniswahlrecht bei Kommunalwahlen spiegelt die Interessen der Bevölkerung nicht wider. Hier werden nicht Einzelpersonen gewählt, sondern Gruppen von Abgeordneten, von denen allerdings nur fünf namentlich genannt werden. Dieses Wahlsystem ist auf die Bedürfnisse der nationalen parteipolitischen Gruppierungen zugeschnitten. Die lokalen Vertretungen der politischen Parteien dagegen haben keinen entscheidenden Einfluss auf die Kandidaten für die Kommunalwahlen. Diese werden vielmehr in der Parteizentrale von der nationalen Parteiführung, die unter Umständen die Bedürfnisse der Kommunen nicht kennt, festgelegt. Damit sich die Organe der kommunalen Selbstverwaltung an den Interessen der Bürger orientieren, müsste ein anderes Wahlsystem eingeführt werden, in dem die Auswahl der Kandidaten, der Wahlkampf und überhaupt alle Tätigkeiten der Abgeordneten auf der kommunalen Ebene bestimmt werden.

Dieses System kann auf kommunaler Ebene nur auf dem Mehrheitswahlrecht basieren, so die Überzeugung der All-Ukrainischen Vereinigung der Organe der kommunalen Selbstverwaltung, des Verbandes der Städte der Ukraine, einer Reihe von NGOs und der meisten politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind.

Im Juni 2010 verabschiedete das ukrainische Parlament ein neues Gesetz zu den Kommunalwahlen, das zum ersten Mal die Durchführung der Kommunalwahlen nach einem Mischwahlsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht vorsieht. Somit ist die Hauptkritik am alten Wahlsystem nicht berücksichtigt worden. Nach Meinung eines Mitgliedes der Venedig-Kommission, der ehemaligen Stellvertretenden Leiterin des Sekretariats des ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, Marina Stawnijtschuk, wirft die Verabschiedung dieses kommunalen Wahlgesetzes die ukrainische Gesellschaft um zehn Jahre zurück, wenn nicht sogar in die Sowjetzeit. Die Einführung des gemischten Wahlsystems erlaubte es der Regierungskoalition, während der Kommunalwahlen erhebliche Manipulationen vorzunehmen.

Das neue Kommunalwahlgesetz

Das Gesetz weist eine Reihe von Bestimmungen auf, die der Verfassung der Ukraine nicht entsprechen. Insbesondere wird den Wehrpflichtigen das Wahlrecht ver-

weigert (in der Ukraine gibt es eine zweijährige Wehrpflicht für Männer im Alter von 18 Jahren). Das Gesetz sieht keine Chancengleichheit für alle am Wahlprozess Beteiligten vor. Die Verfahren zur Bildung der Wahlkreise und zur Bildung der Wahlausschüsse sowie die Berufungsverfahren gegen Wahlrechtsverletzungen schaffen ungleiche Bedingungen für die Abstimmung und die Beteiligung an den Wahlen. Darüber hinaus erlauben die verkürzten Fristen für diese Verfahren keine normalen Bedingungen für den Verlauf des Wahlprozesses. Das Gesetz gibt den politischen Kräften, die vor kurzem entstanden und im Parlament nicht vertreten sind, nicht die gleichen Möglichkeiten, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Marina Stawnijtschuk appellierte als Mitglied der Venedig-Kommission an den Präsidenten der Ukraine, den Garanten der Verfassung, das Gesetz nicht zu unterzeichnen und es an das Parlament zur Revision zurückzugeben. Janukowytsch ignorierte den Appell und unterzeichnete das Gesetz, welches dann am 2. August 2010 in Kraft trat.

Nach dem neuen Gesetz wird die Mitgliedschaft der Parteien in den territorialen Wahlkommissionen durch die Zentrale Wahlkommission nach dem Losverfahren bestimmt. Insgesamt sollen von den 18 Mitgliedern der territorialen Wahlkommission 15 Vertreter den parlamentarischen Fraktionen entstammen und drei Vertreter den nicht im Parlament vertretenen, aber an den Wahlen beteiligten Parteien.

Laut Anatolij Hryzenko legitimiert das neue Gesetz über die Kommunalwahlen die Verletzung der Rechte der Parteien bezüglich der Teilnahme an den Wahlen und der Bildung der territorialen Wahlkommissionen. Die Wahlkommissionen können zu jeder Zeit an jedem Ort zusammenkommen und jede beliebige Entscheidung treffen – drei der insgesamt 18 Mitglieder reichen dafür aus. Solch eine Pseudo-Demokratie hat es bisher in der Ukraine noch nicht gegeben.

Die Oppositionsparteien wandten sich mit einem offenen Brief über die Rechtswidrigkeiten bei der Bildung der Wahlkommissionen an den Präsidenten. Dieser Appell wurde jedoch genau so wie der vorherige vom Präsidenten ignoriert. Deshalb wandten sich fünf Oppositionsparteien (Volksbewegung der Ukraine, Nationale Selbstverteidigung, Europäische Partei, Reform und Ordnung, Partei der Vaterlandsverteidiger) an die internationale Gemeinschaft und an die Parlamentarische Versammlung des Europarates und erklärten, in der Ukraine würden Voraussetzungen für Betrug und Verstöße während der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen geschaffen.

Das neue Gesetz über die Kommunalwahlen ist nach Überzeugung Andrij Maheras, eines Mitgliedes

der Zentralen Wahlkommission, das schlechteste in der Geschichte der Ukraine.

Die Leiterin der Mission der europäischen Wahlbeobachter Gudrun Mosler-Törnström hat bereits Anfang Oktober 2010 die Meinung geäußert, dass das ukrainische Gesetz zu den Kommunalwahlen nicht den internationalen Standards entspricht. Nach der Überprüfung des Gesetzes sagte sie: »Wir sind bereits jetzt der Ansicht, dass die Zusammensetzung der territorialen Wahlkommissionen nicht ausgeglichen erfolgen wird.«

Besetzung der Wahlkommissionen

Bei der Zentralen Wahlkommission gingen von insgesamt 116 außerparlamentarischen Parteien 2781 Bewerbungen für die 1233 noch nicht vergebenen Plätze in den territorialen Wahlkommissionen ein. Nach dem Auswahlverfahren waren 100 dieser 116 Parteien in den Wahlkommissionen vertreten.

In allen territorialen Wahlkommissionen zusammen besetzten die Parteien der Regierungskoalition 1028 Plätze. Im einzelnen erhielt die Partei der Regionen 464 Plätze, die Volkspartei 311 und die Kommunistische Partei 253. Im Gegensatz dazu erhielten die Oppositionsparteien nur 597 Plätze: 12 gingen an die Europäische Partei, 25 an die Partei der Vaterlandsverteidiger, 31 an die Volksbewegung der Ukraine, 5 an die Nationale Selbstverteidigung, 136 an Unsere Ukraine, 1 Platz ging an die Bürgerposition, 33 an die Front der Veränderung, 5 an Für die Ukraine, 304 an die Partei Vaterland, 44 an Reformen und Ordnung und 1 an die Ukrainische Plattform.

Das daraus resultierende Ungleichgewicht ermöglichte die totale Kontrolle der Regierungskoalition über die Wahlkommissionen, da der Stempel und das Recht zur Unterzeichnung von Dokumenten bei der Mehrheit der Wahlkommissionen an Vertreter der Koalitionsparteien übergeben wurden.

Zusätzlich berichtete das öffentliche Netzwerk Opora, dass die Partei der Regionen versucht habe die anderen Kommissionsmitglieder zu kontrollieren und Druck auf sie ausgeübt habe. Die Vorsitzende von Opora Olga Ajwasowskaja sagte des Weiteren, dass auf Grund von Druck durch die Vorsitzenden und der Androhung von Entlassungen Pädagogen und Mediziner nicht mehr in den Ausschüssen arbeiten wollten; Vertretern der Wirtschaft habe man die Kündigung von Mietverträgen und die Verweigerung von Aufträgen angedroht; in einigen Regionen sei sogar mit physischer Gewalt gedroht worden.

Die Partei der Regionen erklärte, diese Maßnahmen seien ausschließlich erforderlich, um »faire und den internationalen Standards« entsprechende Wahlen zu ermöglichen.

Registrierung der Kandidaten

Die Registrierung der Kandidaten für die Wahlen erfolgte zwischen dem 27. September und dem 6. Oktober 2010. In Übereinstimmung mit der Reihenfolge der Listenübergabe an die territorialen Wahlkommissionen wurden diese in die Stimmzettel aufgenommen. Die Partei der Regionen stand in 21 von insgesamt 23 Regionen auf den Stimmzetteln an erster Stelle. Einzige Ausnahme waren die Regionen Schytomyr und Winnyzja, in denen die Partei Vaterland an erster Stelle stand. 19 von 24 Stimmzetteln für die Wahlen zu den Stadtparlamenten der regionalen Zentren und die Wahlscheine in der Hauptstadt der Autonomen Republik Krim wurden von der Partei der Regionen angeführt.

Die Regierung meinte es also ernst. Allerdings meldeten Beobachter von Opora, dass die Partei der Regionen oft an erster Stelle auf den Stimmzetteln gestanden habe, ohne die Liste als erste Partei eingereicht zu haben. Dies war kein Zufall, sondern das Ergebnis des frühzeitigen Einsatzes der sogenannten administrativen Ressourcen.

Die Zentrale Wahlkommission hat zahlreiche Fälle registriert, die die verweigerte Registrierung von Kandidaten der Parteien Freiheit, Starke Ukraine und Vaterland dokumentieren.

In einigen Regionen, vor allem in Kiew, Lwiw und Luhansk, schuf die Regierung zunächst falsche Vertretungen der Partei Vaterland und registrierte dann deren Kandidatenlisten und deren Mitglieder in den Wahlkommissionen. Die lokalen Organisationen der »echten« Partei Vaterland wandten sich an die regionalen Justizverwaltungen mit der Forderung, eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der regionalen Parteiorganisationen anzuerkennen. Die regionalen Justizverwaltungen lehnten dies ab, obwohl sie laut Gesetz diese Entscheidungen lediglich registrieren sollen.

Dadurch wurde die Teilnahme von Vaterland an den Kommunalwahlen in den Regionen Kiew, Lwiw und Luhansk verhindert. Hennadij Moskal, ein Abgeordneter vom Block Unsere Ukraine, sagte, dass sich der Chef des Geheimdienstes der Ukraine Valerij Choroschkowskij persönlich darum gekümmert habe.

In den Regionen Odessa, Sumy, Cherson und auf der Krim übte die Regierung Druck auf die Kandidaten der Partei Starke Ukraine aus. Laut dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Partei Kostjantyn Bondarenko wurden einige von ihnen gezwungen, ihre Bewerbung zurückzuziehen.

Damit waren die Vorbereitungen der Partei des Präsidenten auf die Kommunalwahlen noch lange nicht beendet. Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei Leonid Gratsch hat darauf hingewiesen, dass die Partei der Regionen massenhaft Leute auf die Krim gebracht,

diese dann für einen Tag und bis zu sieben Personen pro Wohnung registriert habe, um sie dann unverzüglich in die kommunalen und regionalen Kommissionen aufzunehmen.

Kauf von Listenplätzen und Stimmen

Laut Gratsch wurden die Kandidatenlisten der Partei der Regionen illegal zusammengestellt – der Kandidat für ein Stadtparlament müsse 10–15.000 Euro zahlen, um in die Liste aufgenommen zu werden; ein Kandidat für das Parlament der Krim müsse 150–200.000 Dollar bezahlen, allein für die Bestätigung, dass er zur Partei der Regionen gehört. Nach Angaben des Wählerkomitees der Ukraine kostete die Aufnahme in die Liste eines Regionalparlaments oder ins Parlament einer Millionenstadt 20–50.000 Dollar. Um Abgeordneter eines Stadt- oder Bezirksparlaments einer Stadt mit 100–200.000 Einwohnern zu werden, müssen nach Angaben der Zeitung »Heute« 15.000 Dollar gezahlt werden.

Aber auch die Wählerschaft ist käuflich. Die Ergebnisse einer vor den Wahlen durchgeführten Umfrage zeigten, dass jeder fünfte Wähler bereit ist, seine Stimme für 500 Hrywnja (ca. 45 Euro) zu verkaufen.

Dies sind nur einige Episoden, die die allgemeine Situation vor den Wahlen beschreiben. Was aber geschah dann bei den Wahlen?

Der ukrainische Regierungschef Mykola Asarow berichtet, die durchschnittliche Wahlbeteiligung habe bei 50 % gelegen. Allerdings wurden in den Wahllokalen einiger Regionen überschüssige Stimmzettel gefunden – in der Region Wolhynien waren es mehr als 100.000 nicht registrierte Stimmzettel und in Altschewsk, Gebiet Luhansk, tauchten 6.000 zusätzliche Stimmzettel in einer privat geführten Druckerei auf.

In der Stadt Irpin in der Region Kiew wurden für eine Stimme am Wahltag 400 Hrywnja (ca 36 Euro)

geboten. Gruppen von nicht ansässigen Bürgern fuhren von einem Wahllokal zum anderen, füllten mehrmals Stimmzettel aus und konnten so mehrmals abstimmen.

Fair und frei?

Der neue Generalstaatsanwalt der Ukraine Wiktor Pschonka (ein ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen) hat erklärt, dass die Kommunalwahlen in der Ukraine ohne größere Unregelmäßigkeiten durchgeführt worden sind.

Die Parteien Vaterland, Reform und Ordnung, Volksbewegung Ukraine, Nationale Selbstverteidigung, Ukrainische Plattform und die Vaterlandverteidiger behaupten hingegen, dass die Kommunalwahlen in der Ukraine »nicht demokratisch und nicht frei« waren, »den allgemein anerkannten europäischen Normen nicht« entsprochen haben, und die Ergebnisse »gezielt und systematisch verzerrt« worden sind.

Zum Schluss sei angemerkt, dass die Kommunalwahlen am 31. Oktober 2010 die ideologische Konfrontation in der Ukraine verschärft haben und nicht auf die Probleme der Bürger vor Ort ausgerichtet waren.

Die Rhetorik der Machthaber bezüglich der Kommunalwahlen spiegelt die Einstellung der sowjetischen Regierung wider – die Doppelmoral, die Ausgabe des Gewünschten als Wirklichkeit, die Vorgabe der einzig richtigen Meinung und das Ignorieren der Position des Gegners.

Das alles gab es schon einmal in der Ukraine, und wir wissen, wie es enden wird. »Das alte Auto« wird lautstark und drohend hupen, »der Fahrer« verspricht den Passagieren bald zu starten, aber das Auto rührt sich nicht, nichts ändert sich.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über den Autor:

Anatolij Tschemerys arbeitet als unabhängiger Experte im Bereich Knowledge Management für das schweizerisch-ukrainische Projekt »Unterstützung der Dezentralisierung in der Ukraine« (DESPRO). Seine Forschungsinteressen sind die Verwaltungsreform im öffentlichen Sektor und die Bewertung entsprechender politischer Maßnahmen und Programme.

Pressestimmen zu den Kommunalwahlen in der Ukraine

Einbruch der Regionenpartei, Durchbruch der Partei Freiheit, Zusammenbruch der Partei Vaterland, Wadim Karasew, 2.11.2010, Ukrajinska prawda (Kiew)

Es ist offensichtlich, dass die Wähler, mit lediglich einigen wenigen Ausnahmen, diesmal »im Einklang« mit ihrer bei den Präsidentschaftswahlen abgegebenen Wahlstimme votierten. [...]

Die Regionalen setzten alle Hoffnungen auf ihren Status als »Partei der Macht« und wiesen jede Art von partnerschaftlicher Übereinkunft mit anderen Parteien zurück. Diese Absage wandte sich jedoch gegen die Partei selbst, die es nicht schaffte, aus eigener Kraft absoluter Wahlsieger zu werden. [...]

Die Wahlstimmen für die Partei Freiheit sind Ausdruck des Protestes gegen das bulldozerartige politische Auftreten der Regionalen und die dazu im Gegensatz stehende Reglosigkeit der Nationaldemokraten.

<http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/11/2/5535052/>

Die Besonderheiten des regionalen Wählers, Roman Tschernyschew, 2.11.2010, liga.novosty (Kiew)

Was sagen uns die vorläufigen Zahlen aus den Umfragen vor den Wahllokalen? Erstens, dass Leonid Kutschma Recht hatte: Die Ukraine ist tatsächlich nicht Russland. Schon allein deshalb, weil die Partei der Regionen nicht die Partei »Einiges Russland« ist. Parallelen drängen sich auf: Die Kommunalwahlen 2010 in der Ukraine waren die ersten Wahlen seit der Machtübernahme durch die Partei der Regionen und Wiktor Janukowytsh, dessen Mannschaft oft mit der russischen von Wladimir Putin verglichen wird. Aber trotz des deutlichen Übergewichts der »Weiß-Blauen« gewinnen die Vertreter der ukrainischen Opposition einen überaus wichtigen Anteil der Stimmen – von Transkarpatien bis Luhansk. Nach dem Machtantritt von »Einiges Russland« bei den ersten Wahlen (den Wahlen zur vierten Staatsduma im Jahr 2003) hingegen konnten die damaligen oppositionellen politischen Kräfte Russlands – »Die Union der rechten Kräfte« und »Jabloko« – die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden. So viel zum Vergleich des Demokratie-niveaus in den beiden benachbarten Staaten.

<http://news.liga.net/articles/NA100364.html>

Die Partei der Regionen bereitet die Parlamentswahlen für 2011 vor, 3.11.2010, Delo (Kiew)

Gestern befand das Verfassungsgericht die Festlegung eines Datums für die kommenden Parlamentswahlen für unauf-schiebbar. Diese Formulierung beinhaltet, dass das Gericht den Beratungszeitraum von den veranschlagten drei Monaten auf einen Monat kürzt. Das bedeutet, dass bereits bis zum 1. Dezember 2010 klar sein wird, wann das Land aber-mals Neuwahlen überstehen muss. Diese Eile könnte mit der Absicht der Partei der Regionen, die Wahlen bereits im Jahr 2011 durchzuführen, zusammenhängen.

Das gute Ergebnis für die Vertreter der Macht bei den Kommunalwahlen spornt die propräsidentiale Mannschaft zu einer Festigung der Erfolge an.

<http://delo.ua/vlast/vybory/partija-regionov-gotovit-parlamentskie-vybory-na-2011-147157/>

In der Ukraine finden Wahlen statt, 31.10.2010, Polnische Presseagentur, Rzeczpospolita (Warschau)

Laut Kommentatoren bergen diese Wahlen die Möglichkeit einer weiteren Konzentration der Macht in den Händen der herrschenden pro-russischen Partei der Regionen des Präsidenten Wiktor Janukowytsh.

Die Opposition warnt vor geplanten Wahlfälschungen. Davon spricht vor allem die Partei der früheren Minister-präsidentin Julija Tymoschenko. Sie wirft der Partei der Regionen vor, die Aktivisten ihrer Partei Vaterland zu bestechen und Pseudo-Parteibüros der Tymoschenko-Partei in jenen Orten zu schaffen, wo Vaterland besonders populär ist. Aus diesem Grund, sagte Tymoschenko vor kurzem, könne sie die Wahlergebnisse in mehreren Regionen des Landes nicht akzeptieren. Über mögliche Fälschungen informierten auch einige Mitglieder der Zentralen Wahlkommis-sion in Kiew. Mitte Oktober warnte die Vizevorsitzende Schanna Usenko-Tschorna, dass die lokalen Wahlkommis-sionen nicht nur die Registrierung der Kandidaten der Opposition ablehnen würden, sondern auch die der Vertreter von Parteien, die mit der Partei Janukowytshs in der Regierung zusammenarbeiten.

<http://www.rp.pl/artukul/40,557164-Trwaja-vybory-na-Ukrainie.html>

Ukraine: Janukowitsch greift nach der Macht in Regionen, Eduard Steiner, 28.10.2010, Die Presse (Wien)

Nach einem halben Jahr im Amt versucht Präsident Janukowitsch nun auch die Lokalregierungen unter seine Kontrolle zu bringen. Die Regionalwahl ist ein Prüfstein für die Einhaltung schwer errungener demokratischer Standards. [...] »Die Regionalwahlen sind ein Demokratietest für Janukowitsch«, erklärt Nico Lange, Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew: »Und sie sind ein Test für die EU, ob sie Konsequenzen zieht, wenn demokratische Standards nicht eingehalten werden.« Gerade das Verdienst freier und fairer Wahlen konnten sich die prowestlichen Orangen Revolutionäre rund um Ex-Premierministerin Julia Timoschenko in den vergangenen Jahren ans Revers heften. In freien Wahlen sind sie im Februar Janukowitsch auch unterlegen. Seither hat dieser die Macht monopolisiert, kontrolliert Parlament und Regierung, hat die Verfassungsreform von 2005, die die Übermacht des Präsidenten beseitigt hatte, rückgängig gemacht.

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/605960/index.do?from=gl.home_politik

Janukowitsch-Partei gewinnt in Ukraine, Thomas Urban, 2.11.2010, Süddeutsche Zeitung (München)

Die Kommunalwahlen in der Ukraine haben am Sonntag die politische Spaltung des Landes bestätigt. Während in den russischsprachigen Gebieten im Osten und Süden die regierende Partei der Regionen mit großem Vorsprung gewann, lag in mehreren Bezirken der einst zu Polen und Österreich gehörenden Westukraine erstmals die nationalistische Gruppierung Swoboda (Freiheit) vorn. Oppositionsführerin Julia Timoschenko sprach von schweren Unregelmäßigkeiten und forderte für die Bezirke Kiew, Lemberg (Lwiw) sowie Ternopil eine Wiederholung der Wahl.

<http://www.sueddeutsche.de/u5938s/3689399/Janukowitsch-Partei-gewinnt-in-Ukraine.html>

Wahlerfolg für Präsident Janukowitsch in der Ukraine: Opposition durfte in zwei Bezirken nicht antreten, Gerhard Gnauck, 2.11.2010, Die Welt (Berlin)

Die regierende Partei der Regionen hat in den Regional- und Kommunalwahlen in der Ukraine am Sonntag einen problematischen Sieg errungen. Einer Befragung an den Wahllokalen zufolge stimmten im Landesdurchschnitt etwa 36 Prozent für die Partei des Präsidenten Viktor Janukowitsch. Zugleich ist es den Regierenden gelungen, die aus ihrer Sicht gefährlichste demokratische Oppositionspartei Vaterland unter Ex-Premier Julia Tymoschenko auf ihr seit Jahren schlechtestes Ergebnis zu drücken, auf etwa 13 Prozent. Dabei hatten beide Parteien in den Parlamentswahlen von 2007 noch bei über 30 Prozent gelegen. Allerdings haben die Machthaber ihren Erfolg um einen hohen Preis erzielt: In den Gebieten Kiew und Lemberg (Lwiw), zwei ihrer Hochburgen, durfte die Oppositionspartei gar nicht antreten. Dort, aber auch in anderen Gebieten, erzielte dagegen die nationalistische und fremdenfeindliche Partei Freiheit ihre bisher größten Erfolge. Sie kam zum Teil auf über 30 Prozent der abgegebenen Stimmen.

http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article10680670/Wahlerfolg-fuer-Praesident-Janukowitsch-in-der-Ukraine.html

Rechte Erfolge in der Ukraine, Karl Grobe, 2.11.2010, Frankfurter Rundschau (Frankfurt a.M.)

Flächendeckend hat sich – mit der Ausnahme der westukrainischen Großstädte – die regierungstreue, von der ostukrainischen Wirtschaftsoligarchie beherrschte »Partei der Regionen« durchgesetzt. Mit diesem Ergebnis und nach der Neubesetzung des Verfassungsgerichts kontrolliert Janukowitsch nun faktisch alle Ebenen des politischen Lebens – fünf Jahre nach seiner zeitweiligen Ausschaltung durch die Orangene Revolution.

<http://www.fr-online.de/politik/rechte-erfolge-in-der-ukraine/-/1472596/4797878/-/index.html>

Unter Beobachtung der EU: Zu den Kommunalwahlen in der Ukraine, Christina Nagel, 1.11.2010, Deutschlandfunk (Köln)

Es war, als ob in der Ukraine nicht eine Kommunalwahl, sondern zwei Wahlen stattgefunden hätten. Von der einen wurde behauptet, sie sei ruhig und organisiert verlaufen, die andere wurde als chaotisch und unfair beschrieben. [...] Die Opposition – von den Ultrarechten bis hin zu den westlich-orientierten Parteien – sind sich sicher, dass die Partei der Regionen alles getan hat, um auch die kommunalen Machtstrukturen unter ihre Kontrolle zu bringen.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1308434/>

Janukowytsch bekommt seine eigene Machtvertikale, Janina Sokolowskaja, 29.10.2010, Iswestija (Moskau)

Laut allen Prognosen werden die Kommunalwahlen, die am 31. Oktober in der Ukraine stattfinden, mit einem überzeugenden Sieg der Partei der Regionen und ihrer Verbündeten enden. Analysten sagen voraus, dass sich im Staat eine neue Machtvertikale entwickelt – nach russischen Vorbild. Loyal gegenüber Präsident Wiktor Janukowytsch werden sogar jene Regionen sein, die zuvor dessen Gegner – Julija Tymoschenko und Wiktor Juschtschenko – unterstützt hatten. Interessant ist die Tatsache, dass der Wahlkampf in allen Regionen der Ukraine mit »russischem Akzent« geführt wurde. Während die Politiker in der Westukraine die Konfrontation mit Moskau betonten, sprachen sie im Osten und Süden eher von Zusammenarbeit mit und der Annäherung an Russland.

In den meisten Regionen wird die Partei Wiktor Janukowytschs, die bereits die »Partei der Macht« genannt wird, die Wahl gewinnen. [...]

Tihipko wird als verjüngte Version Janukowytschs angesehen. Tymoschenko dagegen als Feind des Präsidenten, und Jazenjuk als möglicher Nachfolger, der die Macht innerhalb eines Jahrzehnts gewinnen kann. Um sein Image vor unerwünschten Verbündeten zu schützen, gab Janukowytsch ein Dekret aus, das die Verwendung seines Konterfeis für Werbung verbietet. Nun wird das Gesicht des Präsidenten nur auf Plakaten mit dem Motto »Die Ukraine lieben!« prangen.

<http://www.izvestia.ru/ukraina/article3147862/>

Janukowytsch gestärkt in den Kommunen, Tatjana Iwschenko, 3.11.2010, Nowaja Gaseta (Moskau)

Am Wahltag wandelte sich die Situation in den Wahlkreisen zu einem umfassenden Skandal: Fernsehsender sammelten Berichte über die geheime Übergabe von Wahlzetteln und über die Unterzeichnung leerer Zettel statt der Wahlberichte durch einige Wahlkommissionen. Zwischen den Kandidaten kam es zu Handgreiflichkeiten, Anwohner vor Ort veranstalteten ein Handgemenge mit den aus anderen Regionen angereisten »gastierenden Wählern«, einige Leiter von Wahlkommissionen transportierte der Rettungswagen ab, irgendwo wurde der Strom abgeschaltet, irgendwo wurde die Auszählung der Stimmen aus nicht näher erläuterten technischen Gründen unterbrochen. Sogar der Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn konnte seinen Spott nicht zurückhalten als er gestern die Sitzung des Rats der Parlamentsfraktionen eröffnete – er gratulierte den Anwesenden zum »Triumph der Demokratie«.

http://www.ng.ru/cis/2010-11-03/7_yanukovich.html

Die Wahlen in der Ukraine hinterlassen viele (Um)Fragen: Die Partei Wiktor Janukowytschs gewinnt in den meisten von ihnen, Pawel Schermet, 2.11.2010, Kommersant (Moskau)

So zeigen die Wahlen, wenn man sich auf die Ergebnisse der Umfragen stützt, die eindeutige Übermacht der Partei der Regionen von Wiktor Janukowytsch – es gibt derzeit einfach keine ebenbürtige Partei in der politischen Landschaft der Ukraine. [...]

Nach dem Sieg bei den Kommunalwahlen wird die Partei der Regionen sich bemühen auch die Erfolge bei den Parlamentswahlen zu steigern.

<http://kommersant.ru/doc.aspx?DocID=1532730&NodesID=5>

Janukowytsch greift wieder nach der Macht: Der Block Julija Tymoschenko fordert Wahlwiederholungen in zwei Regionen der Ukraine, Jana Sergejewa, 2.11.2010, Nowyje Iswestija (Moskau)

Die Einführung eines solchen Wahlsystems [des gemischten, Anm. d. Red.] in Kombination mit den traditionell unterschiedlichen politischen Vorlieben der Regionen in der Ukraine führte dazu, dass der Osten und Süden des Landes abermals die Vertreter der pro-Präsidenten-Partei unterstützten, in den zentral gelegenen Regionen hielten sich die Stimmen für die Machthaber und die Opposition ungefähr die Waage, und der Westen stimmte im Grunde für die nationalistischen Parteien. [...]

Darüber hinaus wurde klar, dass in der Ukraine eine Alternative zu den »Regionalen« gefragt ist, wobei hier nicht die früheren »Orangen« gemeint sind, sondern etwas anderes, z. B. die ultrarechte radikale Partei Freiheit des Nationalisten Oleh Tjahnibok oder die Front des Wandels des ehemaligen Parlamentssprechers Arsenij Jazenjuk.

<http://www.newizv.ru/news/2010-11-02/135833/>

EU-Beobachter geben unterschiedliche Berichte über die Wahl in der Ukraine ab, Andrew Rettman, 2.11.2010, euobserver.com (Brüssel)

Der neue Präsident bemüht sich, die Meinungsführer in der EU davon zu überzeugen, dass er proeuropäisch und pro-demokratisch eingestellt ist. Mindestens drei PR-Firmen arbeiten für ihn und seine Unterstützer in Brüssel. Und so bekommen auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine VIP-Behandlung: Kowal [Leiter der EU-Ukraine Delegation, Anm. d. Red.] bekam ein Abendessen unter vier Augen mit dem ukrainischen Außenminister, eine größere Gruppe von Euro-Abgeordneten wird sich am Mittwoch mit dem Präsidenten und seinem Ministerpräsidenten treffen.

<http://euobserver.com/24/31176>

Die Kommunalwahl in der Ukraine stärkt Janukowytsch, Roman Olearchyk, 31.10. 2010, Financial Times (London)

Wiktor Janukowytsch hat versprochen die Demokratie zu unterstützen, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und Kiew gleichzeitig Richtung Integration in die EU zu führen. Er wird jedoch beschuldigt durch Missachtung der ukrainischen Verfassung, die Unterdrückung von Oppositionellen und das harte Vorgehen gegen Demokratie und Pressefreiheit ein Machtmonopol zu errichten.

Janukowytsch weist diese Anschuldigungen zurück und rühmt sich damit, jene »Stabilität zu schaffen, die für die kränkelnde Wirtschaft nötig« sei. Kritiker sagen, er versuche Wladimir Putins erfolgreiche Installation der »gelenkten Demokratie« zu kopieren.

In den letzten Wochen haben die USA und die Europäische Union Präsident Janukowytsch dazu gedrängt, faire Wahlen und Pressefreiheit zu gewährleisten. Aber die Kritik von beiden Seiten blieb dann aus Angst, ein härteres Vorgehen könnte den Präsidenten Richtung Moskau führen, relativ verhalten.

Oppositionelle Gruppen erklärten, sie könnten Proteste organisieren und wünschten von der internationalen Gemeinschaft nichts dringlicher als die Missbilligung der Wahlen.

<http://www.ft.com/cms/s/0/ad2a918e-e4e7-11df-8e0d-00144feabdc0.html>

Leben unter Janukowytsch: Windige Kommunalwahlen geben einen Blick auf die neue Ukraine, 4.11.2010, The Economist (London)

Die Rivalität zwischen den miteinander konkurrierenden Interessengruppen [innerhalb der Partei der Regionen, Anm. d. Red.], jede mit ihren eigenen geschäftlichen Interessen, macht es beinahe unmöglich, erfolgreiche Reformen zu koordinieren.[...]

Auf den ersten Blick spiegeln einige Maßnahmen Wiktor Janukowytschs jene von Wladimir Putin [...] wider. Aber im Unterschied zu Russland hat die Ukraine nicht ausreichend Ressourcen, um ihren Weg auch ohne Reformen fortzusetzen. [...] Die Gefahr liegt darin, dass es Janukowytsch, wenn er diese [wirtschaftlichen Reformen] nicht umsetzt, schwerfallen wird, der Versuchung zu widerstehen, sich durch repressive Maßnahmen an der Macht zu halten.

<http://www.economist.com/node/17421444>

Übersetzt und zusammengestellt von Wojciech Bednarek und Judith Janiszewski

Pressemitteilungen

European High Representative for Foreign Affairs and Security Policy Catherine Ashton commented on the recent local elections in Ukraine held on 31 October, 4.11.2010

Respect for common values including human rights, democratic principles and the rule of law lies at the heart of the relationship between the EU and Ukraine. Ukraine has developed a consistent record of conducting elections in accordance with OSCE commitments and international standards. This was demonstrated most recently during presidential elections held in February 2010.

Against this background, Catherine Ashton is concerned at reports from a number of election observer missions of irregularities during the local elections which were held on 31 October. These derive primarily from the electoral framework and the administration of the elections. They undermine public confidence in the electoral process and in the further consolidation of democracy in Ukraine.

Catherine Ashton welcomes the readiness expressed by President Yanukovich to draw lessons from the local elections and advance on the adoption of an Electoral Code. Electoral reform should be conducted through a transparent and participative process and should ensure that a revised electoral framework is in place well ahead of parliamentary elections. Changes to the electoral framework shortly before the launching of an electoral process do not allow for a proper preparation of the process and run contrary to international norms and best practice. [...]

http://ec.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2010/2010_11_04_2_en.htm

U. S. Government Statement On Ukraine's Local Elections, 3.11.2010, Released by the U.S. Embassy Kyiv, Ukraine

Preliminary reports from election monitors suggest that Ukraine's October 31 local elections did not meet standards for openness and fairness set by the presidential elections earlier this year. Domestic and international election observation efforts, most notably those led by the widely-respected domestic, non-partisan monitor OPORA, reported numerous procedural violations on election day. While election observers recognized improvements in the accuracy of voters lists since the presidential contest, they also noted shortcomings, such as insufficient training for electoral commission members, which contributed to the procedural violations and to organizational problems.

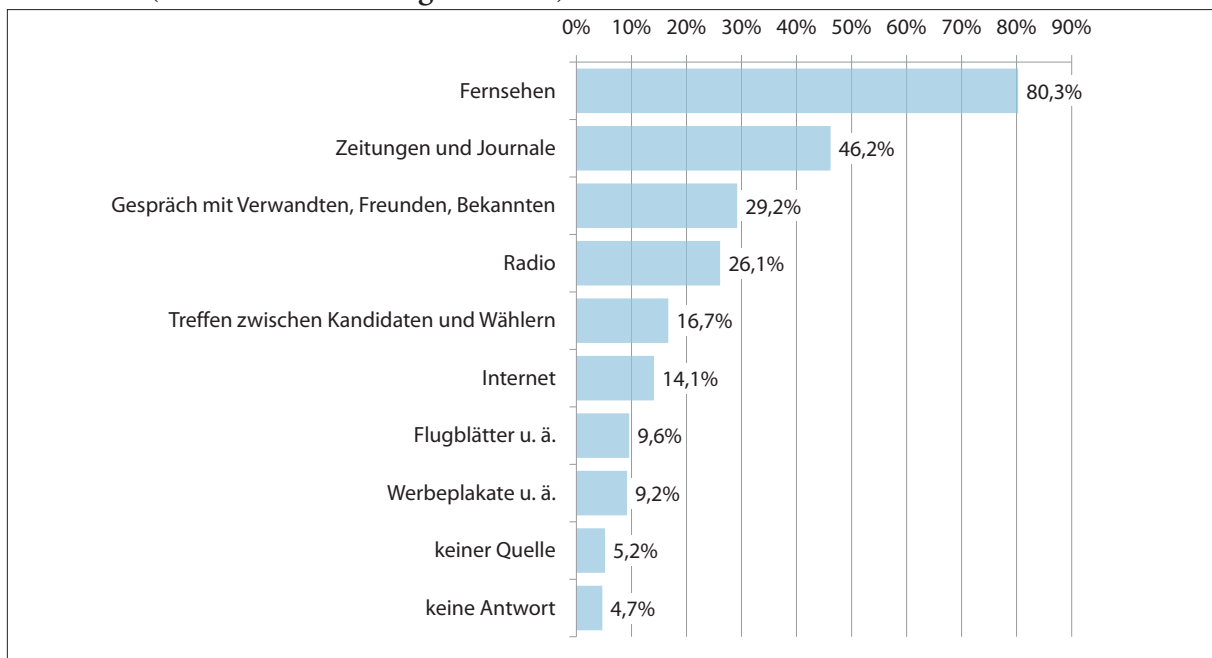
Ukraine's local election law, passed in July, was cited as a source of problems on election day by election observers and international experts. Some difficulties precipitated by the new law, such as blocking the participation of new parties, were lessened or ended by the revisions ordered by President Yanukovich in September. However, other aspects of the law and of pre-election regulations and procedures challenged the placement of the names of some candidates on ballots, allowed for reported cases of improper use of administrative resources during the electoral campaign, established unbalanced electoral commission membership, and created complicated registration and voting procedures. [...]

<http://www.state.gov/g/drl/rls/prsrl/2010/150351.htm>

Eine Presseerklärung von russischer Seite lag bei Redaktionsschluss nicht vor.

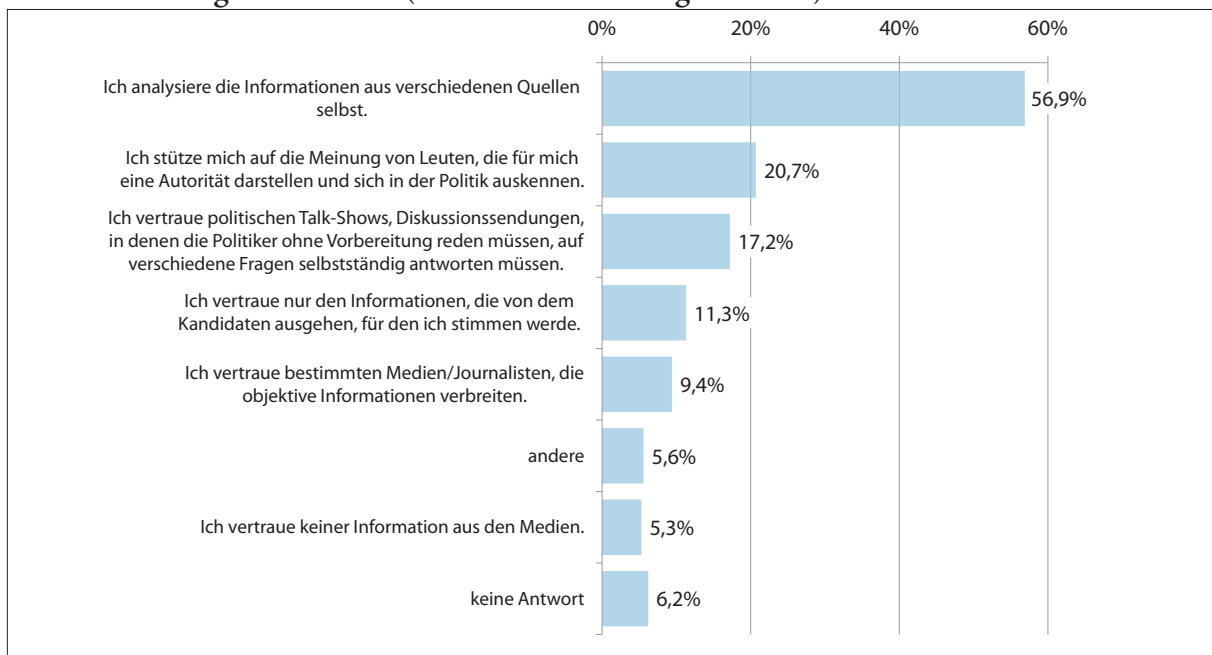
Umfrage zu Wahlinformationen

Grafik 1: Welcher Informationsquelle geben Sie während des Wahlkampfes den Vorzug? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 22. bis 24.10.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.10/k_25_10.html

Grafik 2: Auf welche Art und Weise bestimmen Sie, welchen Informationen aus den Medien man glauben kann? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 22. bis 24.10.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.10/k_25_10.html

Vorläufige Wahlergebnisse

Im Folgenden dokumentieren wir die vorläufigen Wahlergebnisse in einigen Regionen und Städten, die von besonderem Interesse sind (jeweils die drei stärksten Parteien). Offizielle Endergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Regionen

Iwano-Frankiwsk		Transkarpatien		Tscherniwzi	
Freiheit	15,8 %	Geeinte Mitte*	42,6 %	Partei der Regionen	47,1 %
Vaterland	14,0 %	Partei der Regionen	33,3 %	Front der Veränderung	22,1 %
Unsere Ukraine	13,2 %	Vaterland	7,4 %	Vaterland	16,3 %
Autonome Republik Krim		Donezk		Tschernihiw	
Partei der Regionen	80,0 %	Partei der Regionen	92,2 %	Partei der Regionen	45,0 %
Union**	5,0 %	Kommunisten	5,0 %	Vaterland	21,0 %
Kommunisten	5,0 %	Starke Ukraine	2,2 %	Sozialisten	11,0 %

* Die Partei Geeinte Mitte (Jedynyj Zentr) wurde im März 2008 gegründet und unterstützt den ehemaligen ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko. Ihr Vorsitzender heißt Ihor Krill.

Erklärte Ziele der Partei sind: Angleich des Lebensstandards in der Ukraine an den in der EU, die Wiederherstellung einer geordneten politischen Führung, die Modernisierung der Wirtschaft und Stärkung der Einheit des Landes.

** Die 1997 gegründete Partei Union (Sojus) hat ihre Basis auf der Krim, wird von Lew Mirimskij geführt und bezeichnet sich als links-zentristisch. Konkrete Ziele sind eine Union mit Belarus und Russland sowie die Erklärung des Russischen zur Staatssprache.

Quelle: *Ukrajinska prawda*, 8.11.2010, <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/11/8/5552584/>

Stadträte

Lwiw		Riwne		Wynnyzja	
Freiheit	61,1 %	Vaterland	42,6 %	Gewissen der Ukraine**	66,0 %
Front der Veränderung	7,8 %	Partei der Regionen	11,1 %	Partei der Regionen	10,0 %
Partei der Regionen	6,7 %	Unsere Ukraine	9,3 %	Vaterland	10,0 %
Luhansk		Dnipropetrowsk		Sumy	
Partei der Regionen	80,3 %	Partei der Regionen	65,0 %	Vaterland	47,4 %
Kommunisten	13,2 %	Starke Ukraine	10,8 %	Heimatstadt*	31,6 %
Front der Veränderung	2,6 %	Vaterland	6,7 %	Partei der Regionen	11,8 %

* Das Gewissen der Ukraine (Sowist Ukrainy) wurde 2005 registriert und erhielt 2007 mit dem Block Allukrainische Gemeinde bei den Parlamentswahlen 0,05 % der Stimmen. Ihr heutiger Vorsitzender heißt Chatschatur Chatschaturjan, Rektor der Kyiv International University.

** Die Partei Heimatstadt (Ridne misto) steht für lokalen Patriotismus ein.

Vom 27. Oktober bis zum 9. November 2010

27.10.2010	Die Wahlkommission der Region Lwiw entscheidet, die Registrierung der von Iwan Denkowjtsch eingereichten Kandidatenliste für die Partei Vaterland aufzuheben. Denkowjtsch selbst war bereits im September 2010 aus der Partei ausgeschlossen worden. Die »echte« Liste von Vaterland kann nun nicht mehr registriert werden.
30.10.2010	Einen Tag vor der Kommunalwahl wird auch die Registrierung der Liste der Partei Vaterland in der Region Kiew vom Gericht annulliert. Dies hatte die Partei selbst mit der Begründung gefordert, dass die Liste von einem Nicht-Parteimitglied eingebracht worden sei.
31.10.2010	In der Ukraine finden Kommunalwahlen statt. Vertreter der Opposition sprechen von umfassender Wahlfälschung und der Block Tymoschenko fordert am Folgetag eine Wahlwiederholung in den Regionen Kiew, Lwiw und in der Stadt Ternopil.
31.10.2010	Das Ministerium für Kultur und Tourismus hebt die Verordnung auf, nach der ausländische Filme ukrainisch synchronisiert werden müssen. Nun reicht auch die einfache Vertonung oder die Erstellung von Untertiteln.
3.11.2010	Abgeordnete des Blocks Tymoschenko blockieren die Arbeit des Parlaments, weil die von ihnen geforderte Schaffung einer Untersuchungskommission zu den Gesetzesverstößen während der Kommunalwahlen und die Frage der Nicht-Anerkennung der Wahlergebnisse in einigen Gebieten nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurden.
3.11.2010	Andrij Koschemjakin, der Erste Stellvertretende Fraktionsführer des Blocks Tymoschenko, erklärt, dass es nicht gelungen sei, 150 Unterschriften für die Absetzung des Ministerpräsidenten Mykola Asarow zu sammeln. Vom Block Tymoschenko hätten 114 Abgeordnete unterschrieben, von Unsere Ukraine allerdings nur zehn.
3.11.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt Oleksandr Medwedko nach Ablauf seiner fünfjährigen Amtszeit und schlägt dem Parlament dessen Ersten Stellvertreter Wiktor Pschonka als neuen Generalstaatsanwalt vor. Tags darauf stimmt das Parlament dem zu.
4.11.2010	Das Europäische Parlament verschiebt abermals die Unterzeichnung einer Resolution zur Lage in der Ukraine und erklärt, dafür gebe es technische Gründe. Am 22.10.2010 war die Unterzeichnung nach heftigen Diskussionen schon einmal aufgeschoben worden. Am 22.11.2010 steht ein EU-Ukraine-Gipfel an.
4.11.2010	In Charkiw gewinnt der Kandidat der Partei der Regionen Kernes den Kampf um das Amt des Bürgermeisters mit einem Vorsprung von 0,63 % der Stimmen. Sein Rivale von der Partei Vaterland Arsen Awakow reicht Klage bei Gericht gegen das Ergebnis ein, die jedoch kurz darauf abgewiesen wird.
4.11.2010	Seit vier Tagen demonstrieren in Odessa ca. 4.000 Menschen für faire Wahlen und für ihren bisherigen Bürgermeister Eduard Gurwiz von Unsere Ukraine, der gegen den Kandidaten der Partei der Regionen, Oleksij Kostusew, verloren hatte.
5.11.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt einen Erlass über die Gründung einer Kommission zur Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.
7.11.2010	Anhänger der Kommunistischen Partei feiern in Kiew den 93. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die etwa 1.000 Demonstranten werden von einigen Nationalisten angegriffen, neun Menschen werden festgenommen.
8.11.2010	Gegen den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko wird ein Strafverfahren wegen Aneignung bzw. Unterschlagung von Vermögen oder dessen Inbesitznahme durch Amtsmissbrauch eröffnet.
9.11.2010	Aktivisten der Kommunistischen Partei auf der Krim treten in Hungerstreik und fordern die Wahlkommission auf, ihren Kandidaten zum Wahlsieger ihrer Gemeinde zu erklären.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de